



Stadt Miesbach

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 27.04.2023 17:00 – 21:22 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte

Stadträtin Aline Brunner
Stadtrat Manfred Burger
Stadtrat Paul Fertl
Stadträtin Malin Friese
Stadtrat Alois Fuchs
Stadtrat Stefan Griesbeck
Stadträtin Astrid Güldner
Stadtrat Florian Hupfauer (Zugang bei Top 2)
Stadträtin Inge Jooß
Stadtrat Andreas Lechner (Abgang bei Top 4)
Stadtrat Michael Lechner (Abgang bei Top 3/AE1)
Stadtrat Franz Mayer
Stadtrat Christian Mittermaier
Stadtrat Florian Perkmann
Stadtrat Erhard Pohl
Stadtrat Andreas Reischl (Zugang bei Top 2)
Stadtrat Florian Ruml
Stadträtin Verena Schlier (Zugang bei Top 1.3)
Stadträtin Hedwig Schmid (Zugang bei Top 1.2)
Stadtrat Markus Seemüller
Stadträtin Petra Six
Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

Es fehlte entschuldigt:

Stadtrat Markus Baumgartner
Stadtrat Alfred Mittermaier

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
 - 1.1. Bekanntgabe - Überprüfung des Verwaltungshaushaltes auf Einsparpotenziale
 - 1.2. Bekanntgabe - Schreiben an Ministerpräsidenten Söder wegen Personalsituation Bäder
 - 1.3. Bekanntgabe - Verwendungsnachweis 2022 des Freien Landestheaters Bayern e.V. (FLTB)
 - 1.4. Bekanntgabe - Stadtradeln 2023
 - 1.5. Bekanntgabe - Sachstand Energiemanagement
 - 1.6. Bekanntgabe - Fahrradstände Bahnhof
2. Haushalt 2023
3. Hochwasserschutz Kleinthal;
Gesamtkonzept bzw. vorgezogene Geländemodellierungen für kleinere Ereignisse;
weiteres Vorgehen
4. Antrag zur Bürgerversammlung vom 15.11.2022 von Frau Lisa Hilbich;
"Der Stadtrat möge beschließen: Die Stadt Miesbach wird die Entwicklung und Geschichte des Nationalsozialismus von der Weimarer Republik bis zum Kriegsende 1945 in Miesbach erforschen"; weiteres Vorgehen
5. Information zu den Flüchtlingen und die damit verbundenen Fehlbeleger;
Auswirkungen auf die Stadt Miesbach
6. Vertragsverlängerung mit der RVO bezüglich der in Miesbach eingeführten
Seniorenbusfahrkarte;
Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Vertragsverlängerung
7. Vorschlagsliste zur Schöffenwahl für die Wahlperiode 2024 - 2028;
Kenntnisnahme der Vorschlagsliste
8. Beschaffung neuer Sirenenanlagen mit Bevölkerungswarnsystem;
weiteres Vorgehen
9. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates
10. Unvorhergesehenes
 - 10.1. Unvorhergesehenes - Problematik Wolf und Bär im Landkreis
 - 10.2. Unvorhergesehenes - Badereferent für das Freibad Miesbach
 - 10.3. Unvorhergesehenes - Sachstand Gewerbegebiet
 - 10.4. Unvorhergesehenes - Radl-Kultour
 - 10.5. Unvorhergesehenes - Sachstand Baugebiet "Am Gschwendt"

1. Bekanntgaben

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Der 1. Bürgermeister schlägt aufgrund der Aktualität von Flüchtlingen vor, dass der Tagesordnungspunkt 4 „nichtöffentlich“ unter dem Tagesordnungspunkt 5 „öffentlich“ behandelt wird. Bestehen Einwände gegen die Vorgehensweise? Dies ist nicht der Fall.

Die Stadtratsmitglieder Alfred Mittermaier und Markus Baumgartner sind für die heutige Sitzung entschuldigt. Das Stadtratsmitglied Andreas Reischl kommt etwas später. Die Stadtratsmitglieder Michael Lechner und Andreas Lechner müssen die Sitzung etwas früher verlassen.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 30.03.2023 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter Allgemeine Informationen am 13.04.2023 bereitgestellt. Sollte diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 30.03.2023 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Tischvorlage – Einladung zur Eröffnung der Ausstellung „Streifzüge durch Miesbach“

Den Stadträtinnen und Stadträten liegt als Tischvorlage die Einladung zur Eröffnung der Ausstellung „Streifzüge durch Miesbach“ am Freitag, 12. Mai 2023, um 19:00 Uhr, im Waitzinger Keller vor.

Sieben Fotograf*innen der Prager Fotoschule haben fotografische Streifzüge durch Miesbach unternommen. Ihre ungewöhnlichen Blickwinkel sind bis 30. Juni 2023 zu sehen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Schmid, Jooß, Schlier, Hupfauer, Reischl

1.1. Bekanntgabe - Überprüfung des Verwaltungshaushaltes auf Einsparpotenziale

Auf Empfehlung des Finanzausschusses in der Sitzung vom 23.03.2023 soll der Verwaltungshaushalt auf mögliche Einsparpotenziale überprüft werden.

Hierzu findet am 16.05.2023 um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal ein Treffen statt.

Teilnehmen werden neben dem 1. Bürgermeister und der Verwaltung je 1 Person aus den Fraktionen, sowie die weiteren Bürgermeister.

Die Fraktionen werden gebeten, hierzu die jeweiligen Teilnehmer bei der Kämmerei bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Jooß, Schmid, Hupfauer, Schlier, Reischl

1.2. Bekanntgabe - Schreiben an Ministerpräsidenten Söder wegen Personalsituation Bäder

Um auf den aktuellen Fachkräftemangel in den bayerischen Bädern, sowie auf die desolaten Zustände aufmerksam zu machen, wurde am 11.04.2023 vom 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller ein Schreiben an Ministerpräsident Söder verschickt, um Bäderschließungen zu verhindern. Die Bürgermeister der Gemeinden Rottach-Egern, Fischbachau, Kreuth und Bayrischzell haben sich angeschlossen, und den Brief ebenfalls unterzeichnet. Jeweils ein Abdruck wurde an die Landtagspräsidentin Ilse Aigner, den Bundestagsabgeordneten Alexander Radwan, Landrat Olaf von Löwis, sowie an den bayerischen Gemeindetag und Städtetag versendet.

Aktueller Hinweis:

Aufgrund derzeitiger Personalprobleme hinsichtlich von Fachangestellten für Bäderbetriebe wird das Freibad in Miesbach voraussichtlich nicht an allen Tagen in der Woche geöffnet werden können.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Hupfauer, Schlier, Reischl

1.3. Bekanntgabe - Verwendungsnachweis 2022 des Freien Landestheaters Bayern e.V. (FLTB)

In der Sitzung vom 07.11.2019 hat der Stadtrat beschlossen, dass dem Freien Landestheater Bayern e.V. (FLTB) für den Zeitraum von 3 Jahren (2020 – 2022) ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 37.500 € gewährt wird.

Mit Schreiben vom 29.03.2023 hat das Freie Landestheater Bayern e.V. (FLTB) den Nachweis der Mittelverwendung samt Gewinnermittlung für das Jahr 2022 vorgelegt.

Das FLTB bedankte bei der Stadt Miesbach für die Unterstützung und die Gewährung der Mittel.

Der Verwendungsnachweis liegt jedem Stadtrat vor und ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Hupfauer, Reischl

1.4. Bekanntgabe - Stadtradeln 2023

Das diesjährige Stadtradeln findet im Zeitraum vom 06.05. bis 26.05.2023 im ganzen Landkreis statt. Die Stadt Miesbach hat sich wieder als teilnehmende Kommune angemeldet. Gestartet wird am 7. Mai mit einem Auftaktevent um 13:30 Uhr am Marktplatz in Miesbach.

Die Anmeldung ist unter <https://www.stadtradeln.de/registrieren> möglich, alle Informationen zu den Aktionen im Landkreis sind unter <https://www.stadtradeln.de/landkreis-miesbach> abrufbar.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Hupfauer, Reischl

1.5. Bekanntgabe - Sachstand Energiemanagement

Mit Schreiben vom 25.04.2023 erhielt die Stadt Miesbach den Bewilligungsbescheid für das Energiemanagement von der Regierung von Oberbayern. Daraufhin wurde am 26.04.2023 der Auftrag an die Energiewende Oberland vergeben. In der KW 19 findet ein Termin mit der EWO statt. Mit diesem Termin beginnt das Energiemanagement für kommunale Liegenschaften.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Hupfauer, Reischl

1.6. Bekanntgabe - Fahrradstände Bahnhof

Die Bike&ride–Offensive der Deutschen Bahn hat der Stadt Miesbach mitgeteilt, dass die durch die Stadt veranlasste bahninterne Flächenprüfung für die von der Stadt benannten 3 möglichen Standorte für eine Fahrradabstellanlage abgeschlossen ist. Dabei wurden zwei der Standorte aus internen Bahnbetriebsgründen abgelehnt. Möglich erscheint der Standort zwischen dem Bahnsteig 1 und der westlichen Abschlusswand des Oberlandcenters. Hier wären ca. 45 Fahrradabstellplätze möglich, erforderlich sind allerdings Geländeänderungen und die Errichtung eines Zauns. Die Verwaltung steht mit dem Oberlandcenter bzgl. der technischen Umsetzung und der Möglichkeit der Anbringung einer Überdachung in Kontakt. Sobald das Flächenprüfungsergebnis schriftlich vorliegt, werden die weiteren Schritte in Angriff genommen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Hupfauer, Reischl

2. Haushalt 2023

Der dem Stadtrat vorliegende Haushalt **2023** hat ein Gesamtvolumen in Höhe von **49.041.911 €**. Er weist Einnahmen und Ausgaben in folgender Höhe aus:

Verwaltungshaushalt	35.182.291 €
und im Vermögenshaushalt	13.859.620 €
Gesamthaushalt	49.041.911 €

Verwaltungshaushalt:

Das Volumen des Verwaltungshaushalt 2023 umfasst in diesem Jahr 35.182.291 € und ist damit gegenüber dem vorjährigen Haushalt um **1.058.607 €** bzw. **3,10 %** größer.

An Kreisumlage muss die Stadt heuer insgesamt **10.513.260 €** an den Landkreis bezahlen. Die Kreisumlage fällt damit um 656.810 € höher aus als im Vorjahr aus.

Eine **Zuführung** vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt erwirtschaftet die Stadt Miebach in diesem Jahr nicht. Vielmehr ist eine Zuführung **vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt** mit **89.930 €** notwendig, damit der Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden kann.

Damit erreicht die Stadt Miebach im Haushaltsjahr 2023 **keine** positive Leistungsfähigkeit.

Vermögenshaushalt:

Der Vermögenshaushalt 2023 liegt mit seinem Gesamtvolumen um **5.981.720 €** bzw. **30,15 %** unter dem Volumen des Haushalts 2023.

Gegenüber dem Haushaltsentwurf, welcher vom Finanzausschuss in der Sitzung vom 23.03.2023 beraten wurde, hat sich das Volumen des Vermögenshaushaltes um insgesamt 200.000 € erhöht. Dies liegt an den kurzfristig bekannt gewordenen Kosten im Bereich des Obdachlosenwesens, welche für die Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen nun entstehen.

Geprägt ist der Vermögenshaushalt 2023 wieder durch sehr hohe Ausgaben im Bereich der Baumaßnahmen (Gr. 94-96). Insgesamt 11.019.400 € sind dafür eingeplant.

Die größten Positionen sind hier beim Straßenbau mit Straßenbeleuchtung (2.300.000 €), Breitbandausbau (1.464.000 €), Kinderbetreuung (3.383.000 €), Wasserwerk (821.000 €), Umbau Ehem. Krankenhaus (610.000 €) sowie der Ertüchtigung der Obdachlosenunterkunft (345.000 €) zu finden. Aufgrund des hohen Ausgabevolumens ist die Finanzierung des Vermögenshaushaltes 2023 im Wesentlichen durch eine sehr **hohe Kreditaufnahme** geprägt.

Insgesamt 6.200.000 € sind an Kreditaufnahmen vorgesehen.

Daneben steht eine Rücklagenentnahme in Höhe von 2.195.000 € sowie Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe 5.273.100 €. Weitere Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, Darlehensrückflüssen betragen insgesamt 191.520 €.

Der ursprüngliche Haushaltsentwurf, welcher mit der Sanierung des Freibades in der mittelfristigen Finanzplanung dem Finanzausschuss zur Sitzung vom 23.03.2023 beraten wurde, ist von der Rechtsaufsicht am 13.03.2023 vorgeprüft worden. Das Ergebnis der Vorprüfung war, dass der Haushaltsentwurf 2023 mit der mittelfristigen Finanzplanung 2024 – 2026 nicht genehmigungsfähig ist.

Die Rechtsaufsicht hat hierin auf eine drohende Überschuldung der Stadt Miebach ab 2024 hingewiesen. Sparpotential hat die Rechtsaufsicht bei der Streichung von freiwilligen Leistungen (Freibad) gesehen.

In der Sitzung vom 23.03.2023 hat sich der Finanzausschuss ausführlich mit dem Haushaltsentwurf befasst.

Dabei wurde vom 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller ein 6-Punkteplan vorgestellt, der mittelfristig eine Haushaltskonsolidierung bringen könnte.

Dieser lautet wie folgt:

1. Sofortiges Einleiten von Grundstücksverkäufen im Gewerbegebiet Miesbach-Nord
2. Auf- und Ausbau von Stiftungen für das Bedienen von freiwilligen Leistungen (Sozial, Kultur u. Sport).
3. Nur noch Pflichtaufgaben und Maßnahmen durchführen, die Einnahmen erhöhen oder Ausgaben reduzieren.
4. Keine neuen freiwilligen Leistungen, oder rentable Leistungen, max. 300.000 € (ohne wird es nicht funktionieren).
5. Defizitäre Einrichtungen der Stadt auf den Prüfstand.
6. Schuldenmanagement einrichten.

Im Anschluss an die intensive Diskussion fasste der Finanzausschuss folgende Empfehlungsbeschlüsse für den Stadtrat:

Beschluss 1:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die in der Stadtratssitzung vom 26.01.2023 gefassten Beschlüsse:

„Beschluss 1: Der Stadtrat beschließt, im Haushalt 2023 einen Betrag von 1. Mio. € für die Sanierung des Freibades bereitzustellen und dafür nicht verwendete Haushaltsreste aus dem beschlossenen Haushalt 2022 zu verrechnen. In der mittelfristigen Finanzplanung sollen weitere 2 Mio. € für 2024 und der Restbetrag von 1,8 Mio. € abzüglich der Zuschüsse und bereits gezahlten Leistungen in den Jahren 2021 und 2022 im Jahr 2025 eingestellt werden“

und

“Beschluss 2: Der Stadtrat beschließt, die Ausschreibung des ersten von drei Teilgewerken nach Erteilung der Haushaltsgenehmigung des Jahres 2023 zu starten, mit der Vorgabe, im dritten oder vierten Quartal 2023 mit dem Bau zu beginnen. Diese sollen umfassen: Bau des neuen Technikgebäudes / die Filter- und Badewassertechnik / der Anschluss an das Fernwärmenetz“

aufzuheben.

(11:0)

Beschluss 2:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, für die Aufrechterhaltung des technischen Badebetriebes sowie die Schlusszahlungen bei den Planungsleistungen beim Freibad einen Haushaltsausgaberest in Höhe von 300.000 € zu bilden.

Die verbleibenden Ausgabemittel sind zu streichen und der Rücklage zuzuführen.

(11:0)

Beschluss 3:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die mittelfristige Finanzplanung abzuändern und die Sanierung des Freibades in den Jahren 2024 und 2025 nicht einzustellen.

Der Stadtrat wird zusammen mit der Verwaltung gemeinsam versuchen, eine tragfähige Lösung für die Sanierung des Freibades auszuarbeiten. Dabei ist der Zeitraum der Förderung zu berücksichtigen. Nach der Verabschiedung des Haushaltes 2023 wird dies unverzüglich in Angriff genommen.

(11:0)

Beschluss 4:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Haushalt 2023 mit den empfohlenen Änderungen samt Kreditaufnahme sowie Rücklagenentnahme zu verabschieden und anschließend den geänderten Haushalt 2023 samt Anlagen der Rechtsaufsicht zur Genehmigung vorzulegen.

(10:1 - mit namentlicher Abstimmung, siehe Beschluss vom 23.03.2023)

Beschluss 5:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den vorgestellten 6-Punkteplan als Leitbild zu beschließen.

Bei Punkt 1 ist das Wort sofort zu streichen.

Bei Punkt 3 ist das Maximalbudget für freiwillige Leistungen noch festzulegen.

(10:2 – mit namentlicher Abstimmung und Protokollvermerk, siehe Beschluss vom 23.03.2023)

Aufgrund dieser vom Finanzausschuss gefassten Empfehlungsbeschlüsse wurde der Haushaltsentwurf 2023 samt mittelfristiger Finanzplanung 2024 – 2026 abgeändert.

Der geänderte Haushalt 2023 mit der höheren Kreditaufnahme wurde dem Landratsamt am 11.04.2023 per Mail übersandt. Nach telefonischer Auskunft ist dieser Entwurf aufgrund der Gegebenheiten genehmigungsfähig.

Nach den einleitenden Worten durch den 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller und Stadtkämmerer Josef Schäffler erklärte der 1. Bürgermeister gegenüber dem Stadtrat, dass Stadtratsmitglied Paul Fertl einen Vorschlag zur Entlastung des Haushaltes kurz vor der Sitzung abgegeben hat. Dieser beinhaltet, dass Grundstücke zukünftig mittels Erbpacht von der Stadt vergeben werden. Der 1. Bürgermeister erklärte hierzu, dass dieser Zusatz im Beschluss Nr. 5 „Abstimmung über den 6-Punkteplan“ mit aufgenommen wird.

Im Anschluss daran erfolgte eine intensive Diskussion durch den Stadtrat.

Stadträtin Hedwig Schmid gab zu Protokoll, dass sie gegen den Haushalt stimmt, weil in der mittelfristigen Finanzplanung der Ankauf einer Wohnung als Ersatz für das verkaufte Gebäude Wallenburger Straße 2 gestrichen wurde.

Stadtrat und Badereferent Erhard Pohl gab gegenüber dem Stadtrat eine ausführliche Stellungnahme bezüglich des Freibades ab. Aufgrund dieser Stellungnahme kann er dem Haushalt nicht zustimmen.

Die schriftliche Stellungnahme welche dem Stadtrat vorgetragen wurde, liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt, die in der Stadtratssitzung vom 26.01.2023 gefassten Beschlüsse:

„Beschluss 1: Der Stadtrat beschließt, im Haushalt 2023 einen Betrag von 1. Mio. € für die Sanierung des Freibades bereitzustellen und dafür nicht verwendete Haushaltsreste aus dem beschlossenen Haushalt 2022 zu verrechnen. In der mittelfristigen Finanzplanung sollen weitere 2 Mio. € für 2024 und der Restbetrag von 1,8 Mio. € abzüglich der Zuschüsse und bereits gezahlten Leistungen in den Jahren 2021 und 2022 im Jahr 2025 eingestellt werden“

und

“Beschluss 2: Der Stadtrat beschließt, die Ausschreibung des ersten von drei Teilgewerken nach Erteilung der Haushaltsgenehmigung des Jahres 2023 zu starten, mit der Vorgabe, im dritten oder vierten Quartal 2023 mit dem Bau zu beginnen. Diese sollen umfassen: Bau des neuen Technikgebäudes / die Filter- und Badewassertechnik / der Anschluss an das Fernwärmenetz“

aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: 17 / 6

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner

Beschluss 2:

Der Stadtrat beschließt, für die Aufrechterhaltung des technischen Badebetriebes sowie die Schlusszahlungen bei den Planungsleistungen beim Freibad einen Haushaltsausgaberest in Höhe von 300.000 € zu bilden.

Die verbleibenden Ausgabemittel sind zu streichen und der Rücklage zuzuführen.

Bei Punkt 3 ist das Maximalbudget für freiwillige Leistungen noch festzulegen.

Abstimmungsergebnis: 17 / 6

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner

Beschluss 3.1):

Der Stadtrat beschließt den vorgelegten abgeänderten Finanzplan (ohne Sanierung des Freibades) mit dem ihm zugrundeliegenden Investitionsprogramm. Der Finanzplan (einschließlich Investitionsprogramm) und der Stellenplan liegen als Bestandteil des Haushalts 2023 dieser Sitzungsniederschrift als Anlage bei.

Abstimmungsergebnis: 16 / 7

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner

Beschluss 3.2):

Der Stadtrat wird zusammen mit der Verwaltung gemeinsam versuchen, eine tragfähige Lösung für die Sanierung des Freibades auszuarbeiten. Dabei ist der Zeitraum der Förderung zu berücksichtigen. Nach der Verabschiedung des Haushaltes 2023 wird dies unverzüglich in Angriff genommen.

Abstimmungsergebnis: 23 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner

Beschluss 4:

Der Stadtrat beschließt die dem Protokoll als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2023 samt Anlagen.

Abstimmungsergebnis: 17 / 6

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner

Beschluss 5:

Der Stadtrat beschließt, den vorgestellten 6-Punkteplan als Leitbild zu beschließen.

Bei Punkt 1 ist das Wort sofort zu streichen. Als Zusatz soll „... bzw. die Vergabe in Erbpacht“ mit aufgenommen werden.

Bei Punkt 3 ist das Maximalbudget für freiwillige Leistungen noch festzulegen.

Abstimmungsergebnis: 17 / 6

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner

3. **Hochwasserschutz Kleinthal;**
Gesamtkonzept bzw. vorgezogene Geländemodellierungen für kleinere
Ereignisse;
weiteres Vorgehen

Beschlusslage

In der Sitzung am 06.07.2017 hatte der Stadtrat das dem letzten Planungsstand zugrundeliegende Hochwasserschutzkonzept für Kleinthal beschlossen (Rückhaltebecken Thalerbach, Floigerbachverrohrung, adaptive Steuerung, keine Überleitung des Floigerbachs in das Becken), SKI mit der Ausplanung beauftragt und beschlossen, dass zeitnah Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Am 09.05.2019 wurden dann dem Stadtrat die weitergeführten Planungen nochmals vorgestellt, der Stadtrat hat jedoch dann beschlossen, dass die Planungen zunächst in einer Infoveranstaltung den betroffenen Bürgern vorgestellt werden sollen. Diese fand am 20.10.2020 mit dem Ergebnis statt, dass der früher schon bestehende Arbeitskreis wieder reaktiviert werden soll, und die im Rahmen einer Machbarkeitsstudie erstellten früher bestehenden Varianten für einen Hochwasserschutz in Kleinthal nochmals untersucht und diskutiert werden sollten.

Arbeitskreis

Der reaktivierte Arbeitskreis hat in einer Reihe von Zusammenkünften sich mit folgenden Themenbereichen beschäftigt:

- Pflegemaßnahmen an Gewässern
- Sofortmaßnahmen
- Mobile Elemente
- Geländemodellierungen
- Nebenschlussbecken (aufwendig, unsicher, eher nicht förderfähig)
- Alternative Ansätze durch Bodenbewirtschaftung in der Fläche
- Verschiedene Varianten
- Beratung Prof. Dr. Ackermann

Als Ergebnis der verschiedenen Arbeitskreissitzungen haben sich folgende Aspekte herauskristallisiert:

- Eine für den Schutz eines Regenereignisses HQ 100 taugliche Vorzugsvariante mit Überleitung als Konsenslösung
- Sofortmaßnahme gegen Oberflächenwasser durch ein Becken an einem definierten Vorzugsstandort
- Keine Nebenschluß-Lösung

Bestätigung der Überlegungen von SKI durch fachkundige, wissenschaftliche Beratung von Prof. Dr. Ackermann (Hochschule München)

Vorzugsvariante des Hochwasserschutzkonzepts für Kleinthal (HQ 100)

Die Vorzugsvariante wird in der Sitzung durch SKI nochmals vorgestellt und besteht aus folgenden Planungselementen (siehe Anlage):

- Im Oberlauf Variante Bypasslösung außerhalb des jetzigen Gerinnes und im Anschluß Verrohrung im Floigerweg
- Im Mittelteil Überleitung und Einschöpfung in das Rückhaltebecken
- Floigerbachgerinne im Floigerweg bleibt ab hier wie Bestand
- Rückhaltebecken, in dem beide Bäche gefasst werden im Hauptschluß mit Auslaufbauwerk und Hochwasserentlastung
- Im unteren Verlauf bis zur Bundesstraße: Ertüchtigung des Gerinnes, so dass schadloser Ablauf aus dem Becken gewährleistet ist

Kosten: ca. 4,7 Mio € reine Baukosten (vorauss. förderfähig) ohne Grunderwerb (nicht förderfähig), Nebenkosten, Planungskosten
Beachte: die Kosten erfordern eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und müssen einem möglichen Schadenspotential gegenübergestellt werden!

Grunderwerb

Hierauf soll in öffentlicher Sitzung nicht näher eingegangen werden, als Information wird darauf hingewiesen, dass sich dieser ohne Überleitung eventuell in einem Teilbereich als leichter darstellen könnte, die Nachteile (Akzeptanz und mangelnde Fassung von Niederschlagswasser aus verschiedenen Bereichen) sind aber gravierend.

Untersuchungsergebnisse zu Geländemodellierungen als vorgezogene Maßnahme

SKI hat ausgehend von einem Niederschlagsereignis am 30.06.2022, bei dem Oberflächenwasser aus den anliegenden landwirtschaftlichen Flächen die Kleinthalstraße überflutet hat, Untersuchungen zu Geländemodellierungen vorgenommen, die als Sofortmaßnahme bei derartigen kleineren Ereignissen das Gefährdungspotential für Teile der Siedlung Kleinthal verringern sollen. Es wurden mehrere Standorte für ein derartiges Becken untersucht, dabei wurde auch ein Vorzugsstandort gefunden (westlich des Knicks im Straßenverlauf Kleinthalstraße/Floigerweg)

- Rückhalt 3.400 m³
- Wirksamkeit bei 5 bis 10 jährlicher Wiederkehrzeit
- Geringfügige Verschlechterung im Bereich der Bebauung bei HQ 100, evtl. noch optimierbar
- Absenkung kann an allen Standorten die Gefährdung durch Oberflächenwasser bei kleineren Ereignissen abdämpfen
- Kosten ca. 160.000,-- € - vorauss. nicht förderfähig

Mit dieser Maßnahme wäre es möglich, Schäden in Siedlungsteilen in Kleinthal bei Starkregenereignissen, die zukünftig vermehrt auftreten werden zu verringern oder gar zu vermeiden.

Weiteres Vorgehen

Diese Frage wurde am 18.04.2023 mit den weiteren Bürgermeister und Fraktionssprechern, soweit anwesend, vorbesprochen. Man war sich insoweit einig, dass der Arbeitskreis zunächst einmal seinen Sinn und Zweck erfüllt habe und die Zeit reif sei, für eine Entscheidung des Stadtrates bzgl. des Weiteren Vorgehens. Ein deutliches Signal des Stadtrates wäre wichtig, zum einen für die Anlieger in Kleinthal, aber auch die betroffenen Grundstückseigentümer. Der Stadtrat sollte daher bzgl. des Gesamtkonzepts HQ 100 für Kleinthal, als auch bzgl. der eventuellen Sofortmaßnahme eine Entscheidung treffen.

Verschiedene Stadtratsmitglieder regen an, zur HQ-100 Konzeption zunächst die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (Voraussetzung für die Förderung) durchzuführen, bevor weitere Planungskosten ausgegeben werden. Es wird erklärt, dass dies so ohne Weiteres nicht möglich ist, da für die Wirtschaftlichkeitsberechnung Daten erforderlich werden, die erst in weiteren Planungsphasen ermittelt werden können. Man verständigt sich darauf, dass dieser Aspekt nach Rücksprache mit dem Wasserwirtschaftsamt möglichst zeitnah abgeschätzt wird und das Ergebnis in dem Stadtrat mitgeteilt wird.

Bzgl. der Geländemodellierung wird eine größere Tiefe angeregt, um mehr Volumen zu fassen. Die Möglichkeit in die Tiefe zu gehen ist aber aus geologischen Gründen begrenzt.

Während die Stadt als Gewässerbaulastträger der Gewässer 3. Ordnung für entsprechende Hochwasserereignisse zuständig ist, fällt Oberflächenwasser aus nicht bebauten oder befestigten Flächen nicht in diesen Zuständigkeitsbereich, was jedoch nichts daran ändert, dass die Stadt natürlich zur Gefahrenabwehr verpflichtet ist.

Beschluss 1:

Der Stadtrat stellt fest, dass Stadtratsmitglied Seemüller bzgl. des zweiten Beschlussvorschlags gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt ist und daher von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen ist.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Seemüller = pers. beteiligt

Beschluss 2:

Der Stadtrat beschließt bzgl. des Hochwasserschutzkonzepts für Kleinthal, dass die sog. Vorzugsvariante, vorgestellt durch das Planungsbüro SKI in der heutigen Sitzung mit der Überleitung des Floigerbachs und dem Becken im Hauptschluss weiter ausgeplant und danach unmittelbar in das Planfeststellungsverfahren gegeben werden soll. Die Grunderwerbsverhandlungen sind auf dieser Basis fortzusetzen. Die förderrechtliche Situation ist im Auge zu behalten.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner

Beschluss 3:

Der Stadtrat beschließt für Kleinthal eine Maßnahme zur Verbesserung der Verhältnisse bei entsprechenden Regenereignissen in Form einer Geländemodellierung am durch SKI in der heutigen Sitzung vorgestellten Vorzugsstandort, die zeitnah ausgeplant und umgesetzt werden soll. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand ist eine Förderung nicht möglich. Die förderrechtliche Situation ist im Auge zu behalten, alle Optionen sind entsprechend zu ziehen.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Seemüller = pers. beteiligt

**4. Antrag zur Bürgerversammlung vom 15.11.2022 von Frau Lisa Hilbich;
"Der Stadtrat möge beschließen: Die Stadt Miesbach wird die Entwicklung und
Geschichte des Nationalsozialismus von der Weimarer Republik bis zum
Kriegsende 1945 in Miesbach erforschen"; weiteres Vorgehen**

Der von Frau Lisa Hilbich gestellte Antrag wurde im Kultur- und Tourismusausschuss vom 28.11.2022 vorberaten. Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat, dass Vertreter des Landesvereines für Heimatpflege e.V. oder des Instituts für Zeitgeschichte zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen werden. Sie sollen über eine wissenschaftliche Untersuchung zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Miesbach und deren Kostenrahmen informieren.

Das Institut für Zeitgeschichte ist ein außeruniversitäres Forschungsinstitut mit Schwerpunkt Aufarbeitung der NS-Zeit. Sollte die Stadt Miesbach an einem großen Forschungsprojekt zu ihrer Geschichte interessiert sein, müsste sie die Kosten selbst tragen, da es leider keinen staatlichen Fördertopf zur Unterstützung der Kommunen gibt.

Ein promovierter Forscher würde für die umfangreichen Recherchen wohl drei Jahre benötigen; es würden Personal- und Reisekosten in Höhe von 350.000 bis 400.000 € anfallen.

Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, sich dem Thema zu nähern. Es können freischaffende Autoren mit konkreten Aufträgen versehen werden oder zivilgesellschaftliches Engagement geweckt werden. Der Stadtrat könnte eine Kommission zur Erinnerungskultur einsetzen. Dabei ist es wichtig herauszufinden, wie hoch das Bestreben der Bevölkerung ist, mehr über die NS-Zeit zu erfahren und den Opfergruppen ein Gesicht zu geben.

Herr Dr. Thomas Schlemmer, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, informiert den Stadtrat wie eine empirische Basis zur Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus erfolgen könnte.

Die wichtigste Frage sei dabei, was wolle die Stadt Miesbach mit einem Projekt zur Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus bezwecken. Wie wird die Erinnerungskultur in Miesbach hinsichtlich Denkmälern, Straßennamen und Ehrenbürgern gepflegt? Am Anfang stehe immer ein von der Politik angestoßener Verständigungsprozess unter Einbeziehung der Stadtgesellschaft. Es sei nie notwendiger als heute sich mit der NS-Zeit zu befassen. Es gehe auch um die historische Gerechtigkeit für die Opfer. Herr Dr. Schlemmer empfiehlt dem Stadtrat, besser selbst zu agieren als später reagieren zu müssen.

Sollte die Stadt Miesbach das Institut für Zeitgeschichte mit einem Forschungsprojekt beauftragen wollen, würde damit ein erfahrener Wissenschaftler betraut, der etwa drei Jahre mit dem Thema befasst ist. Für die Vollzeitstelle (E 14) würden Personal-, Sach- und Reisekosten in Höhe von 350.000 bis 400.000 € anfallen.

Weitere Möglichkeiten wären aber auch, eine Ausstellung mit Unterlagen aus dem Stadtarchiv zu konzipieren, sich internetbasierter Medien zu bedienen, Orte in der Stadt sichtbar zu machen oder sich mit anderen Gemeinden zu vernetzen, die solche Prozesse schon begonnen haben. Weitere Ansprechpartner befinden sich aber auch im Institut für Stadtgeschichte in München, beim Landesverein für Heimatpflege, beim Institut für Bayerische Geschichte oder im NS-Dokumentationszentrum.

Nach eingehender Diskussion überwog die Meinung, dass es der Stadt Miesbach an finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen fehle, um der Aufarbeitung der NS-Zeit näher zu treten. Stadtratsmitglied Seemüller stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, über den vorliegenden Beschlussvorschlag abzustimmen.

Der 1. Bürgermeister ließ anschließend über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt Miesbach die Entwicklung und Geschichte des Nationalsozialismus von der Weimarer Republik bis zum Kriegsende 1945 in Miesbach erforschen wird. Die Verwaltung wird beauftragt, Wege aufzuzeigen, wie eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Stadt Miesbach während des Nationalsozialismus erfolgen könnte. Die Ergebnisse werden in einer der nächsten Sitzungen des Kultur- und Tourismusausschusses vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: 8 / 13 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

**5. Information zu den Flüchtlingen und die damit verbundenen Fehlbeleger;
Auswirkungen auf die Stadt Miesbach**

Der Landrat hat in einer Sonderbürgermeisterdienstbesprechung am 31.03.2023 die 17 Landkreisbürgermeister darüber informiert, dass der Landkreis künftig in den Turnhallen keine Fehlbeleger mehr dauerhaft unterbringen kann, da auf Grund des unaufhörlichen Flüchtlingsaufkommens die Kapazitäten überschritten sind.

Folgende Begrifflichkeiten gibt es zu unterscheiden:

Asylflüchtlinge:

Aktuell, unter anderem in der Berufsschulturnhalle untergebracht.

Diese Asylflüchtlinge werden, wenn das Asylverfahren abgeschlossen ist zu sog. Asyl - Fehlbelegern.

Ukraineflüchtlinge:

Aktuell, unter anderem in der Gymnasiumturnhalle untergebracht.

Bei den Ukraineflüchtlingen stellt sich die Situation etwas anders dar. Geflüchtete aus der Ukraine, egal ob im Besitz der ukrainischen Staatsbürgerschaft oder einer anderen Nationalität, fallen seit 01. Juni 2022 nicht mehr unter das Asylbewerberleistungsgesetz, sondern in den Bereich des Sozialgesetzbuches (SGB II), was Auswirkungen auf die Unterbringung und der damit verbundenen Finanzierung hat. Werden Ukraineflüchtlinge zu Empfängern von Sozialleistungen, gelten sie – wenn sie in einer kommunalen oder staatlichen Unterkunft untergekommen sind – wie anerkannte Asylbewerber als sog. Fehlbeleger und haben somit rechtlich keinen Anspruch mehr darauf, wie in Miesbach, in einer Landkreisturnhalle unterzukommen. Sollten sie selbst keinen Wohnraum finden, werden sie in der Gemeinde, in welcher sie gemeldet sind, obdachlos, und fallen in den Zuständigkeitsbereich der Kommune.

Der Landkreis hat mit E-Mail vom 06.04.2023 mitgeteilt, dass auf die Stadt Miesbach 21 Asylfehlbeleger und 168 Ukrainefehlbeleger (Stand zum 04.04.2023) zukommen werden.

Achtung geänderte Zahlen:

Der Landkreis hat mit E-Mail vom 26.04.2023 mitgeteilt, dass auf die Stadt Miesbach 29 Asylfehlbeleger und 74 Ukrainefehlbeleger (Stand zum 26.04.2023) zukommen werden.

Bei den oben aufgeführten Fehlbelegern handelt es sich ausschließlich um Personen, welche von der Zuständigkeit des Landkreises auf die Kommunen übergehen.

Der 1. Bürgermeister Dr. Braunmiller hat nach der Bürgermeisterdienstbesprechung umgehend einen Rathausinternen „Krisenstab“ gebildet, um sich auf jegliche Szenarien vorzubereiten.

Weiter versucht der 1. Bürgermeister den Landrat davon zu überzeugen, dass es nicht sein kann, dass Miesbach auf Grund der zwei Landkreisturnhallen so nachhaltig belastet wird, und strebt dringend eine Verteilung von allen Fehlbelegern auf alle Landkreismunicipien an. Dazu wurde ein Verteilungsvorschlag, auf Grundlage der Einwohnerzahlen an den Landrat übergeben.

Die erste Maßnahme der Stadt Miesbach wurde durch die Änderung des Haushalts für 2023 in Höhe von 200.000 € bereits veranlasst.

In einem Gespräch mit dem Landratsamt am 19.04.2023 wurde versucht, einen vorab erarbeiteten Fragenkatalog an den Landrat, welcher leider zu diesem Termin verhindert war, abzuarbeiten. Es wurde dem Landratsamt in diesem Gespräch mitgeteilt, dass die Stadt Miesbach max. 12 Personen (sog. Fehlbeleger) unterbringen kann. Die Stadt Miesbach ist durch die Belegung der 2 Landkreisturnhallen enorm von sog. Fehlbelegern betroffen. Es muss eine Umverteilung auf den ganzen Landkreis stattfinden.

Weiter wurde eine Möglichkeit geschaffen, die voraussichtlich 12 Asylfehlbeleger in der städt. Obdachlosenunterkunft unterzubringen. Hierfür werden die Zimmer dementsprechend vorbereitet und ausgestattet. Bei einer max. Anzahl von 12 Personen, muss ein Sanitärcontainer zur Verfügung gestellt werden, da die vorhandenen Anlagen nicht ausreichend sind. Weiter muss ein Sicherheitsdienst eingesetzt werden. Diese Schritte wurden bereits in Abstimmung mit der zweiten Bürgermeisterin und dem dritten Bürgermeister eingeleitet.

Die Stadt Miesbach bereitet sich auf eine Krisensituation vor und sucht vor allem weitere Unterkunftsmöglichkeiten. Die Eigentümer der Stadt Miesbach, welche Unterkunftsmöglichkeiten haben bzw. Wohnraum zu Verfügung stellen können, werden gebeten sich bei der Stadtverwaltung der Stadt Miesbach zu melden.

Alle städtischen Liegenschaften werden im Moment auf die Möglichkeit geprüft, als Unterkunft einsetzbar zu sein. Sobald Ansätze für weitere Schritte konkreter werden, wird der Stadtrat umgehend darüber in Kenntnis gesetzt.

Nach der Vorstellung des Sachverhaltes folgt eine kurze Diskussion quer durch den Stadtrat bezüglich der Unterbringung und dem weiteren Vorgehen.

Aus den Reihen des Stadtrates wird sich bei der Verwaltung, und den ehrenamtlich Tätigen, für die Arbeit und das Engagement im Hinblick auf die sog. Flüchtlingssituation bedankt.

Anschließend stellt der 1. Bürgermeister den alternativen Beschlussvorschlag von Stadtratsmitglied Seemüller zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat sieht sich hinsichtlich der aktuellen Flüchtlingsslage in einer großen Herausforderung und vor einer akuten Krisensituation. Zum einen will und muss man helfen, zum anderen gerät der soziale Frieden zunehmend in Gefahr.

Der Stadtrat der Stadt Miesbach fordert den Landrat des Landkreises Miesbach vor diesem Hintergrund eindringlich dazu auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die sog. Fehlbeleger nach dem Einwohnerschlüssel auf die 17 Kommunen des Landkreises Miesbach verteilt werden.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

6. **Vertragsverlängerung mit der RVO bezüglich der in Miesbach eingeführten Seniorenbusfahrkarte;**
Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Vertragsverlängerung

Im Beschluss der Stadtratssitzung vom 17.03.2022 wurde die Verlängerung der Seniorenkarte bis 30.06.2023 befristet für 1 Jahr beschlossen.

Seit dem 01.07.2021 wurden 597 Buskarten ausgegeben. In der Zeit vom 01.01.2022 – 31.12.2022 wurden 1642 Fahrten getätigt. Die gesamten Kosten im Jahr 2022 haben sich auf 10.757,04 Euro belaufen. Dieser Betrag beinhaltet die Fahrten und die Kosten des Programmes.

Bei einem Nachtrag des Vertrages würde dieser, aufgrund des Beitritts des Landkreises Miesbach zum Tarifverbund MVV ab 10.12.2023, lediglich bis zum 09.12.2023 verlängert. Also nur für die Zeit vom 01.07.2023 – 09.12.2023. Die Fahrten mit der Seniorenkarte werden dann wie bisher nach Beteiligung abgerechnet und sind wie die Jahre davor auf einen Höchstbetrag von 40.000 Euro gedeckelt. Die nötigen Mittel in Höhe von 30.000 € wurden im Haushalt 2023 bereits berücksichtigt.

Nach kurzer Diskussion im Stadtrat stellt der 1. Bürgermeister nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Nachtrag bezüglich der Vertragsverlängerung für den Zeitraum vom 01.07.2023 bis zum 09.12.2023.

Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, den Nachtrag zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

7. **Vorschlagsliste zur Schöffenwahl für die Wahlperiode 2024 - 2028;**
Kenntnisnahme der Vorschlagsliste

In diesem Jahr findet die Schöffenwahl für die Wahlperiode 2024 – 2028 statt.

Gemäß Nr.1.5 der gemeinsamen Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien der Justiz und des Innern, für Sport und Integration über die Vorbereitung der Sitzungen der Schöffengerichte und Strafkammern (Schöffenbekanntmachung) vom 27. Oktober 2022 (BayMBI. Nr. 672), ist die Erstellung einer Vorschlagsliste für Schöffen für die nächsten 5 Jahre (Amtsperiode 2024 – 2028) durch die Gemeinden vorgeschrieben.

Gemäß Nr.1.5 dieser gemeinsamen Bekanntmachung obliegt es dem Landgerichts-Präsidenten, den Gemeinden die Anzahl der erforderlichen Vorschläge für die beim Amtsgericht einzureichende Vorschlagsliste mitzuteilen.

Mit Schreiben vom 10.01.2023 teilte der Präsident des Landgerichts München II mit, dass die Stadt Miesbach in die Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2024 - 2028 aufgrund der Einwohnerzahl mindestens 9 Vorschläge bringen muss. Die Auswahl wird vom Amtsgericht Miesbach getroffen.

Aus den Reihen des Stadtrates wurde bekannt, dass der Stadtrat Michael Lechner auf die Vorschlagsliste der Schöffenwahl aufgenommen werden möchte.

Der 1. Bürgermeister bringt die geänderte Vorschlagsliste zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die geänderte Vorschlagsliste zur Schöffenwahl zur Kenntnis. Einwendungen werden keine erhoben. Die Vorschlagsliste liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

**8. Beschaffung neuer Sirenenanlagen mit Bevölkerungswarnsystem;
weiteres Vorgehen**

In der Sitzung vom 20.10.2022 wurde der Stadtrat über das Sirenenförderprogramm mit Bevölkerungswarnsystem informiert. Daraufhin wurde folgender Beschluss gefasst:

„Der Stadtrat ermächtigt den 1. Bürgermeister die weiteren Schritte für die Neuanschaffung der Sirenenanlagen mit Bevölkerungswarnsystem auf Grund des Sirenenförderprogramms in die Wege zu leiten. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt die Überprüfung der sog. Ausleuchtzonen durchführen zu lassen und das Förderverfahren einzuleiten. Die Mittel in Höhe von ca. 100.000 € sind im Haushalt 2023 zu veranschlagen.“

Der Stadtratsbeschluss vom Oktober 2022 bezieht sich auf die Neubeschaffung auf Grund des Sonderförderprogramms. Ein erneuter Stadtratsbeschluss ist notwendig, da die Sachlage auch ohne Förderprogramm ein Handeln erforderlich macht.

Sachverhalt Fördermittel:

Am 28.10.2022 ging bei der Verwaltung die Mitteilung Seitens der Regierung von Oberbayern ein, dass aufgrund der hohen Nachfrage derzeit die Fördermittel für das Sonderförderprogramm Sirenen ausgeschöpft sind. Es ist nicht bekannt, ob und falls ja, in welcher Höhe weitere Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Sollten weitere Fördermittel zur Verfügung gestellt werden, erhalten die Gemeinden die benötigten Zuwendungsbescheide. Eine Beauftragung ohne Zuwendungsbescheid ist förderschädlich. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Sonderförderprogramm Sirenen um eine Bundesförderung handelt. Beim Bund besteht grundsätzlich keine Möglichkeit eines Antrags auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn. Aus diesem Grund wurde die Angebotseinholung sofort gestoppt.

Am 29.03.2023 wurde von Seiten der Regierung von Oberbayern mitgeteilt, dass aktuell keine Erkenntnisse vorliegen, ob das Förderprogramm verlängert wird.

Geänderter Sachverhalt defekte Sirene:

Die Sirene in Schweinthal 11 ist defekt und kann nicht wieder repariert werden. Eine neue Sirene muss beschafft werden. Bei der Sirene in Schweinthal 11 handelt es sich weiter um einen Standort auf einem privaten Hausdach. Es muss bei jeglichen Wartungsarbeiten immer vorab sichergestellt sein, dass der Eigentümer vor Ort ist, des Weiteren muss jeder Techniker durch die privaten Räume der Familie in einen sog. Kriechspeicher gehen. Dieser Kriechspeicher, in welchem der Schaltkasten für die Sirenenanlage verbaut ist, entspricht keinerlei heutigen Sicherheitsanforderungen. Aus diesem Grund wurde ein Angebot für eine neue elektronische Sirene mit neuem Standort (Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr Wies /Grund der Stadt Miesbach = hier müsste ein Mast errichtet werden, da das Gebäude zu niedrig ist.) eingeholt.

Der Einbau bzw. die Lieferung der Sirene würde bei jetziger Beauftragung frühestens Ende 2023 geschehen.

Die in der Stadtratssitzung am 20.10.2022 beschlossenen Beschallungsprognose wurde in Auftrag gegeben. Das Ergebnis ist, dass die Stadt Miesbach grundsätzlich mit den Sirenen gut ausgerüstet ist. Die Beschallung bei den neuen Sirenenanlagen wäre im Vergleich zu jetzt wesentlich höher und würde fast das gesamte Stadtgebiet abdecken. Ein kleiner Teil in Kleinthal ist lt. Beschallungsprognose nicht abgedeckt.

Auf Grund der Beschallung ergibt sich, dass es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll wäre die Sirenen 1 – 4 zu erneuern und die Sirenen 5 und 6 (Loferer und Gießhof) nur mit einem neuen Steuergerät auszustatten. Bei den Sirenen 5 und 6 muss die Frage gestellt werden, wer wird gewarnt bzw. wie viele Personen kann ich mit dieser Sirene warnen. Hier stehen auf dem gesamten Gebiet nur einzelne Gehöfte.

Das Landratsamt Miesbach hat nach Rücksprache mit den Gemeinden bei der ILS Rosenheim um eine spätere Umstellung auf Digital gebeten. Diese soll nun erst Ende 2023 gemacht werden.

Die Thematik mit den Steuergeräten hat sich jedoch nicht geändert. Wenn der Stadtrat beschließt, dass auf eine Verlängerung des Förderprogramms gewartet werden soll, müssen die „alten“ Sirenen umgerüstet werden.

Die Bearbeitungszeit auf Grund längerer Lieferzeiten, Beantragung Sicherheitskarten usw. zieht sich in die Länge mit mind. einem ½ bis ¾ Jahr Vorlaufzeit.

Es ergeben sich nun folgende Möglichkeiten.

Maßnahme	Kosten	Förderung
Neue Sirenenanlagen an Standorten 1 – 4, Steuergeräte an Standorten 5 und 6	53.300,00 € (Sirenen) <u>12.000,00 € (Steuergeräte)</u> 65.300,00 € (Gesamt)	6.000,00 € (nur für Steuergeräte)
Neue Sirenenanlagen an allen Standorten	80.000,00 € (Sirene) <u>12.000,00 € (Steuergeräte)</u> 92.000,00 € (Gesamt)	6.000,00 € (nur für Steuergeräte)
Neue Sirenenanlage Standort Schweinthal, restlichen Sirenen mit Steuergerät	13.300,00 € (Sirene) <u>12.000,00 € (Steuergeräte)</u> 25.300,00 € (Gesamt)	6.000,00 € (nur für Steuergeräte)

Im Haushalt 2023 sind 100.000 € für die Maßnahme veranschlagt.

Nach Darstellung des Sachverhalts durch den 1. Bürgermeister folgte eine kurze Diskussion im Stadtrat. Der Stadtrat war sich dabei einig, dass vorerst die günstigste Lösung durchgeführt werden soll. Für den Austausch weiterer Sirenen soll auf ein neues Förderprogramm abgewartet werden. Des Weiteren wurde angeregt, dass für die Sirenenanlage „Schweinthal“ das Nebengebäude am jetzigen Standort geprüft werden sollte. Eventuell ist dies der bessere Standort als das Feuerwehrhaus Wies.

Nach der Diskussion stellte der 1. Bürgermeister folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass die Sirene in Schweinthal erneuert wird;
Die alten Sirenen bleiben bestehen und werden nur mit dem Sirenensteuergerät ausgestattet mit dem Risiko, dass über kurz oder lang jede Sirene kaputt geht und durch eine neue ausgetauscht werden muss und weiterhin keine Bevölkerungswarnung möglich ist.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

9. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates

24.06.2021 Schadensersatzforderung der Mithras GmbH, Stephanskirchen, im Zusammenhang mit dem Neu- und Umbau des Anwesens Bergwerkstraße 18 und 18a, aufgrund des unzureichend gesicherten Regenüberlaufbeckens; -weiteres Vorgehen

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt den Ersten Bürgermeister, dem Bauherrn einen Vergleich anzubieten.

24.06.2021 Antrag zum Erwerb einer Grundstücksfläche aus dem städtischen Hanggrundgrundstück, Fl.Nr. 1038/42; Gemarkung Wies; Berghalde/Thalhamer Straße

Der Stadtrat stimmt dem Verkauf der Grundstücksfläche aus dem städtischen Grundstück Fl.Nr. 1038/42, Gemarkung Wies, zu und ermächtigt den 1. Bürgermeister, den notariellen Vertrag zu schließen, nachdem die Bodenrichtwerte 2021 bekannt sind.

24.06.2021 Verkauf eines städtischen Grundstücks Fl.Nr.: 199; Gemarkung Miesbach; Wallenburger Straße 2; - weiteres Vorgehen –

Beschluss 1: Der Stadtrat spricht sich für eine Prüfung zum Verkauf des Grundstücks „Wallenburger Straße 2“ aus. Der Verkauf soll in Form des stillen Bieterverfahrens erfolgen. Das Ergebnis des Bieterverfahrens ist dem Stadtrat nach Beendigung der Frist in einer seiner darauffolgenden Sitzungen mitzuteilen. Die endgültige Entscheidung über den Verkauf obliegt dann wieder dem Stadtrat.

Beschluss 2: Der Stadtrat spricht sich für den Erhalt des Gebäudes aus und beauftragt die Verwaltung, für die dafür erforderlichen Sanierungsmaßnahmen eine Konzeptplanung, samt der zu erwartenden Kosten, ermitteln zu lassen. Zudem sind dafür ggf. bestehende Fördermöglichkeiten zu prüfen.

Beschluss 3: Der Stadtrat spricht sich dafür aus, im weiteren Verfahren die Option der Vergabe in Erbpacht auszuloten.

24.06.2021 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; -Entscheidung über die Ausübung- Fl.Nr.: 1045/36; Gemarkung Wies

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs.1 Nr. 6 BauGB nicht ausgeübt wird.

24.06.2021 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; -Entscheidung über die Ausübung- Fl.Nr.: 1045/55; Gemarkung Wies

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs.1 Nr. 6 BauGB nicht ausgeübt wird.

29.07.2021 Zuschussantrag der vhs oberland e.V. für den Zeitraum von 2020 – 2022 für die Personalkosten

Beschluss 1: Der Stadtrat stimmt wie bisher, der Übernahme der Personalkosten für die Leitung des vhs-Zentrum Miesbach, der vhs Oberland e.V. zu. Alle weiteren Personalkosten werden nicht übernommen und sind von der vhs Oberland e.V., wie vorgeschlagen, selber zu erwirtschaften. Dies gilt ab dem Haushaltsjahr 2021.

Für das Haushaltsjahr 2020 soll durch die vhs Oberland e.V. eine Endabrechnung gestellt werden. Die verbleibenden Kosten i.H.v. 7.072,57 € (Personalkosten abzgl. Abschlagszahlungen und Zuschuss) werden von der Stadt übernommen.

Beschluss 2: Der Stadtrat beschließt, dass der erhaltene und zweckgebundene Zuschuss an die vhs Oberland e.V. zurückgezahlt wird. Die Rückzahlung soll aus der allgemeinen Rücklage erfolgen. Der bereits angelegte Bausparvertrag bleibt erhalten und kann für andere Zwecke eingesetzt werden.

29.07.2021 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrecht der Stadt Miesbach; -Entscheidung über die Ausübung- Fl.Nr.: 1045/54 Gemarkung Wies

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 6 BauGB nicht ausgeübt wird.

29.07.2021 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrecht der Stadt Miesbach; -Entscheidung über die Ausübung- Fl.Nrn.: 891, 894, 896, 897, 898 Gemarkung Parsberg

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stellt fest, dass eine Ausübung des Vorkaufsrechts nach Art. 39 BayNatSchG nicht verfolgt wird. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Mitteilung gegenüber dem Landratsamt Miesbach abzugeben.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

10. Unvorhergesehenes

10.1. Unvorhergesehenes - Problematik Wolf und Bär im Landkreis

Stadtratsmitglied Seemüller teilt mit, dass die Problematik aufgrund jüngster Vorfälle mit dem Wolf und Bär im Landkreis Miesbach immer mehr zunimmt. Es sind noch keine Herdenschutzmaßnahmen im Landkreis durchgeführt worden. Die Tierhalter in Miesbach erwarten hierzu, unter anderem vom Bund Naturschutz, ein Signal wie weiter verfahren werden soll.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

10.2. Unvorhergesehenes - Badereferent für das Freibad Miesbach

Stadtratsmitglied Seemüller teilt mit, dass er das Amt des Badereferenten für das Freibad Miesbach übernehmen würde, wenn der jetzige Badereferent sein Amt niederlegen möchte.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

10.3. Unvorhergesehenes - Sachstand Gewerbegebiet

Stadtratsmitglied Seemüller möchte gerne den Sachstand zur Erweiterung des Gewerbegebietes Nord wissen. Seinen Informationen zufolge, hat die interessierte Firma „Miesbacher Gastroservice GmbH“ noch keine Rückmeldung erhalten. Der 1. Bürgermeister teilt mit, dass bereits ein Termin mit der Firma festgelegt ist und der Kontakt aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

10.4. Unvorhergesehenes - Radl-Kultour

Stadtratsmitglied van Walbeek teilt mit, dass am 07.05.2023 die 2. Radl-Kultour im Rahmen des Stadtradelns 2023 in Miesbach stattfindet. Hierzu sind alle Stadtratsmitglieder herzlich eingeladen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

10.5. Unvorhergesehenes - Sachstand Baugebiet "Am Gschwendt"

Stadtratsmitglied Fertl merkt an, dass für das Baugebiet „Am Gschwendt“ ein Vertrag mit der Firma „Bayernheim“ geschlossen wurde. Hierzu möchte er gerne den Sachstand wissen, wie es nun weiter geht. Der 1. Bürgermeister erklärt, dass man bereits einen Schritt weitergekommen ist, und einen Termin mit Bayernheim vereinbart hat.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier, Baumgartner, Michael Lechner, Andreas Lechner

Ende der Sitzung

gez. Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister